Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 30 (2010)

Heft: 59

Artikel: Soziale Krisen und Rassismen : ein Gespräch zwischen Manuele Bojadzijev , Birgit zur Nieden, Juliane Karakayali, Serhat Karakayali un Ceren Türkmen

Autor: Bojadzijev, Manuela / Nieden, Birgit zur / Karakayali, Juliane

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652569

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Soziale Krisen und Rassismen

Ein Gespräch zwischen Manuela Bojadzijev, Birgit zur Nieden, Juliane Karakayali, Serhat Karakayali und Ceren Türkmen

Im Rahmen des Netzwerks Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung wurde am 1. Oktober 2010 auf der ersten Seite der Berliner tageszeitung eine Stellungnahme veröffentlicht, die auf die „Sarrazin-Debatte" reagierte. Nach 100 Erstunterzeichnenden aus Wissenschaft, Kultur und Politik verzeichnete sie über 3'500 Unterschriften (http://www.demokratie-statt-integration.kritnet.org/). Darin heißt es am Schluss: "Wenn Integration irgendetwas bedeuten kann, dann doch nur, dass alle drin stecken!" Die Teilnehmenden des folgenden Gesprächs erläutern die Umstände und Inhalte dieser Stellungnahme, fragen nach der Zusammensetzung der Gesellschaft, danach, welche Formen des Rassismus sich gegenwärtig durchsetzen und auf welche soziale Krisen sie treffen.

*

Ceren Türkmen: Thilo Sarrazin führt in Deutschland seit längerer Zeit den selbsternannten Kampf gegen sogenannte gesellschaftliche „Tabuthemen" und hetzt unentwegt gegen Hartz IV-BezieherInnen und die MigrantInnen, die er als „unproduktiv" und „überflüssig" deklariert, da sie nicht in das Lohnarbeitsystem als Arbeitskräfte integriert sind und ihre soziale Existenz allein über Leistungstransfers sichern können. Die Ordnung der Gesellschaft soll nach dem neuen bürgerlichen Ideologiekampf wieder sehr viel stärker über „Leistungsergebnisse" und „Produktivität" funktionieren. Neben den migrantischen Subalternen stehen auch „mehrheitsdeutsche" Arbeitslose, Arme und Kriminalisierte schon seit längerem im Fokus des bürgerlichen Kulturkampfes. Sarrazin hat dabei die demographische Entwicklung im Auge und warnt davor, dass die Zukunft Deutschlands aus breiten migrantischen Unterschichten bestehen wird, wenn nicht bevölkerungspolitisch interveniert und die MigrantInnen von der Reproduktion abgehalten würden. Vor dem Hintergrund der migrationspolitischen Integrationsmaßnahmen bedeutet dies auch, in einzelnen sozialen Bereichen die schlechtere Lage der MigrantInnen als selbstverschuldetes individualisiertes Versagen darzustellen: Derzeit wird oft von der Integrationsunwilligkeit der MigrantInnen gesprochen und letztere werden somit selber zum Konfliktgegenstand erklärt.

Die Strategie Sarrazins und anderer Meinungsmacher, MigrantInnen eine „mangelnde Bereitschaft zur Integration" zu unterstellen, kann dabei als eine Politik der Individualisierung von klassenrassistischen Verhältnissen auf zivilgesellschaftlicher Ebene verstanden werden. Den Debatten liegt ein entsprechendes Verständnis einer verdinglichten Gruppe von

migrantischen und nicht-migrantischen Subalternen zugrunde, auf die ein ambivalenter Zustand von Angst und Distinktion projiziert wird. Dem folgt der Vorwurf, sie pflegten ein „parasitäres Verhalten" gegenüber den Leistungserrungenschaften des Bürgertums. Das Gesellschaftsbild das hierin konstruiert wird, ist statisch und gleicht einem System, in das sich funktional gesellschaftliche Gruppen einzufügen haben und verliert damit die umkämpften Kräfteverhältnisse aus dem Blick.

Birgit zur Nieden: Das lässt sich auch praktisch zeigen. Im Bereich der Integration durch staatlich verordnete Deutschkurse wird das Anliegen der Disziplinierung und Kontrolle von MigrantInnen deutlich. Hier zeigt sich auch, wie unhistorisch die Diskussionen geführt werden. Hat man zum einen das Gefühl, altbekannte Diskurselemente gegen Einwanderung und bestimmte Einwandernde werden immer wieder aufgekocht und neu serviert, bleiben zum anderen Auseinandersetzungen, die die Fragen der Inklusion von Migration stärker als gesellschaftliche Frage formulierten, gänzlich ausgeblendet. Am Beispiel der Entwicklungen des Deutschlernens für MigrantInnen in Deutschland hin zu den im Zuwanderungsgesetz von 2005 eingeführten Integrationsmaßnahmen, lassen sich signifikante Veränderungen im Integrationsverständnis aufzeigen.

In Diskussionen um die „Eingliederung" von „ausländischen ArbeiterInnen" und ihren Angehörigen in der bundesdeutschen Gesellschaft ging es in den 1970er Jahren in weiten Teilen um Fragen eines gesellschaftlichen Umgangs mit neu auftretenden Dynamiken. Reale Probleme bereitete beispielsweise die Situation der ab Mitte der 1970er verstärkt „nachziehenden" Kinder nicht-deutscher ArbeiterInnen: Eine große Anzahl bislang nicht in deutsch beschulter Kinder traf auf deutsche Schulen, die auf den erhöhten Bedarf an Förder- und Deutschklassen zur Eingliederung dieser Kinder in den deutschen Unterricht nicht vorbereitet waren. Die Problemlagen waren bekannt, wurden in Presse und Politik debattiert, ein staatlicher Umgang damit gefordert, Modelle erarbeitet, Initiativen gestartet, jedoch wurden bekanntermaßen nicht genügend inklusive Konzepte mit Nachhaltigkeit umgesetzt und gefördert, um der Situation angemessen zu begegnen. So wurde Integration vor allem zu einer Forderung an Einzelne.

An der Umstrukturierung des Deutsch als Zweitsprache-Lernens in den staatlich geforderten und geförderten Integrationskursen lässt sich nachvollziehen, wie dies institutionell und gouvernemental eingeschrieben wurde. Heutige Debatten um vermeintlich fehlende Deutschkenntnisse legen nahe, dass Eingewanderte in Deutschland bislang keine Deutschkurse besucht hätten. De facto wurden nach dem Anwerbestopp von 1973 speziell geförderte Deutschkurse für „ausländische ArbeitnehmerInnen" angeboten. Finanziert vom Ministerium für Arbeit und Soziales, fanden sie an Volkshochschulen, (migrantischen) Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Sprachschulen statt und fanden derartigen Zulauf, dass das Budget Jahr für Jahr erhöht wurde. Herkunft oder Visa der AnwärterInnen wurden

normalerweise nicht überprüft, da die Träger und KursleiterInnen weder in der Position waren noch sich dafür zuständig sahen, Pässe und Identitäten der Teilnehmenden zu überprüfen. Die Berechtigung oder Verpflichtung zur Teilnahme an heutigen Integrationskursen richtet sich hingegen nach dem Aufenthaltsstatus der Person: Berechtigt sind „alle Spätaussiedler und neuzuwandernde Ausländer mit auf Dauer angelegtem Aufenthaltsstatus" und im Rahmen freier Plätze auch schon länger in Deutschland lebende, sogenannte „Bestandsausländer" sowie EU-Bürger. Verpflichtet sind diejenigen, „die sich nicht in einfacher Art mündlich in deutscher Sprache verständigen können" und „Ausländer, die von der Ausländerbehörde aufgefordert werden und Leistungen nach SGB II [Sozialgesetzbuch II] beziehen oder in besonderer Weise integrationsbedürftig sind". Die DeutschlehrerInnen sind zuständig, Pässe und Visa sowie den sozialen Status der Teilnehmenden zu überprüfen und die entsprechenden Unterlagen an das Bundesamt zu übermitteln.

War es früher unüblich und unangemessen, über den Aufenthaltsstatus der Teilnehmenden im Rahmen der Deutschkurse zu sprechen, so kommen heute die Leute schon mit Pass und Visum in der Hand zur Anmeldung. KursleiterInnen sind verpflichtet, auch Informationen über Anwesenheit und Fehlen der Teilnehmenden an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) weiterzuleiten. Die gesammelten Daten werden vom BAMF an das Ausländerzentralregister gesendet, zudem werden damit im Forschungsbereich des BAMF Statistiken erstellt. Laut Aussage des Leiters der Berliner Stelle des Bundesamtes sollen so Informationen über die Integrationsfähigkeit unterschiedlicher Migrationsgruppen gewonnen werden, die dann zur besseren Steuerung der Einwanderung eingesetzt werden könnten.

Das Beispiel zeigt kleinteilig, wie die Integration in Form von staatlich unterstützten Sprachkursen von einem Angebot zu einer sozialen Technologie geworden ist, die es ermöglicht, Migration und Integration zu managen – gemessen an Teilnahme und Erfolg des Sprachkurses. Die Integrationskurse werden als Disziplinierungsinstrument für Einzelne eingesetzt und generieren ein statistisches Wissen, das zur Regulation der Bevölkerung angewendet wird. Die Einbindung ziviler Personen – die Teilnehmenden, Kursleitenden und Träger der Sprachkurse – sowie die Verknüpfung des Sprachelernens mit Fragen des Aufenthalts und des sozialen Status zeigen, wie zentrale Elemente der aktuellen Debatte jenseits staatlicher Apparate eingeübt und implementiert werden. Viele Einwandernde stellt es vor große Probleme, 645 Stunden Sprachkurs innerhalb eines Jahres zu absolvieren und mit dem zügigen Lerntempo mitzuhalten, wenn sie nebenher arbeiten, Familien haben und sich vielleicht mit der Sicherung des Aufenthalts beschäftigen müssen. Dennoch wird – vor allem bei Verpflichteten – über die Verwendung ihrer Zeit und ihres Geldes bestimmt, bis sie die individuelle Integration als Bringschuld abgeleistet haben.

Manuela Bojadzijev: In weiten Teilen der Bevölkerung hat das Integrationsparadigma allerdings eine hohe Evidenz erlangt, bis hin in linke und migrantische Milieus. In Letzteren werden die mit dem Integrationsdiskurs fortgeschriebenen Asymmetrien beklagt, aber trotzdem scheint Integration eine plausible Formel für Prozesse der Einwanderung zu sein und die dabei scheinbar nötige Balance von staatlichen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Maßnahmen. Damit weisen diese Milieus auf das demokratische Defizit hin, dass statt der Gesellschaft die MigrantInnen für ihre sozialen Probleme verantwortlich gemacht werden. Ich würde hier eine andere Frage-Perspektive vorschlagen: Was nämlich, wenn wir die Debatte um Integration als eine unangemessene Form nehmen, über Ausbeutung respektive Klassenverhältnisse und Rassismus zu sprechen? Gerade diese Unangemessenheit kann uns als ein neuer Ausgangspunkt dienen.

Ceren Tütkmen: Ja, und wie sieht eine solche Balance konkret in Anbetracht der Herrschaftsverhältnisse aus? Wie sieht die Praxis der Subjekte der Migration aus? Inwiefern transformiert und bewegt diese Praxis das gesellschaftliche Gesamtverhältnis immer wieder aufs Neue? Wenn wir uns dieses Balanceverhältnis nicht kohäsiv vorstellen, so wie es die Integrationsdebatte suggeriert, stellt sich die Frage nach Rassismus und Klassenverhältnissen im Hinblick auf die gesamte Gesellschaft und ihre Strukturen.

Manuela Bojadzijev: Wir müssen vorsichtig sein, denn der Zusammenhang von Migration und Rassismus lässt sich nicht kurzschlüssig behaupten, wie das oft genug geschieht: Die Präsenz der Migrantinnen und Migranten, ihre Lebensgewohnheiten, ihre Zahl oder auch ihr äußeres Erscheinungsbild werden in ein kausales Verhältnis zum Rassismus gerückt. Das führt immer wieder dazu, dass die Rede von der Fremdenfeindlichkeit aufkommt, denn sie suggeriert erfolgreich, dass die Fremden eindeutig erkennbar sind und ihre Präsenz den Rassismus erst hervorruft. Wenn wir aber nicht davon ausgehen, dass der Rassismus auf die Präsenz der Migrantinnen zurückgeführt werden kann, dann müssen wir zu verstehen versuchen, wie Rassismus überhaupt seine Wirkmächtigkeit in der Bevölkerung erlangt; wie darüber soziale Formationen, Communities, normative Verhaltensmuster konstruiert und institutionalisiert werden. Mit anderen Worten: Wie wird Rassismus eine Denkweise, eine Weise, bestimmtes Wissen zu produzieren und uns die Welt in einer bestimmten Ordnung zu erklären?

Étienne Balibar hat in einem Artikel mit dem Titel „Difference, Otherness, Exclusion" von 2005 zu Recht angemerkt, dass gerade durch die zahlreichen Verwendungen, die Denunziationen und Kritiken des Rassismus, dass aufgrund der aktuellen Transformationen der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen Rassismus sich zu Praktiken und Diskursen entwickelt und in andere Formationen übergeht, der Begriff inzwischen so mehrdeutig geworden ist, dass seine Genese, seine Einheit und die Fähig-

keit, darunter verschiedene Phänomene und Erscheinungsformen zusammenzufassen, in Frage steht.

Mit einer solchen Herangehensweise stehen wir vor einem erkenntnistheoretischen Paradox: Wir setzen die Rassismen nicht voraus, müssen aber konstatieren, dass es sie immer gegeben hat. Wenn wir darum unseren Fokus auf ein spezifisches Verständnis der Konstitution von Rassismen richten, die Gründe analysieren, warum sie so resistent gegenüber Kritik sind, dann verschwimmen die Argumente oft derart, dass nicht länger klar ist, ob wir überhaupt noch Rassismen theoretisieren und thematisieren. Eine gängige Argumentation liefe dann darauf hinaus zu sagen, dass es sich eigentlich um soziale Probleme handelt.

Juliane Karakayali: Die derzeitige Integrations-Debatte bemüht ja die Figur des armen Migranten als Repräsentanten des gesellschaftlichen Niedergangs. Mangelnde Integration und die daraus resultierenden sozialen Folgen werden dabei zumeist entweder als Klassen- oder als Rassenkonflikt interpretiert: Mal ist die Ursache die mangelnde Bildung und Armut der MigrantInnen, dann wieder richtet sich die Problematisierung vor allem auf Fragen von Herkunft, Kultur und – vor allem – Religion. Ähnlich argumentieren die AnalystInnen der Integrations-Debatte: Sie entscheiden sich häufig dafür, diese entweder als Begleiterscheinung der Wirtschaftskrise zu interpretieren oder aber als Zuspitzung des seit 2001 geführten insbesondere islamfeindlichen rassistischen Diskurses. Beide Perspektiven lassen zu viele Fragen offen, denn Rassismus und Klassismus lassen sich nicht aufeinander reduzieren. Gleichwohl stellt sich die Frage, in welches Verhältnis Fragen von Rasse und Klasse in der derzeitigen Debatte um arme MigrantInnen gesetzt werden.

Der Neuköllner SPD-Bürgermeister Heinz Buschkowsky sagte kürzlich im Rahmen einer Podiumsdiskussion, das Problem der mangelnden Integration, das er bei den in seinem Berliner Stadtteil lebenden MigrantInnen sieht, habe nichts mit deren Herkunft zu tun (wie sowohl er als auch breite Teile der Medien häufig behaupteten), sondern sei ein soziales Problem. Diese Analyse erscheint zunächst als ein großer Schritt nach vorn: Während Kultur, Ethnizität oder Herkunft den Menschen als unabänderliche Natur zugeschrieben werden, gelten soziale Probleme schließlich als durchaus lösbar – zumal in einem Sozialstaat. Betrachtet man allerdings die derzeitige Diskussion um Armut und Arme, so erscheint Buschkowskys Einlassung nur noch als geringe Diskursverschiebung. Denn längst wird Armut ähnlich naturalisiert, wie das im Falle der Diskurse um die vorgestellte Herkunft, Ethnizität oder kulturelle Zugehörigkeit der MigrantInnen immer schon geschehen ist.

In der Vergangenheit des Sozialstaats in Deutschland galt die durch die kapitalistische Produktionsweise erzeugte Klassengesellschaft noch als akzeptabel: Ungeachtet der gegenläufigen Entwicklung wurde Gesellschaft im Sinne eines durchlässigen Schichtungsmodells gedacht, in dem sozialer

Aufstieg möglich und soziale Positionen veränderbar waren. Das hat sich nun gründlich geändert. Gegenwärtig ist immer häufiger die Rede von der „Vererbbarkeit" des Empfangs sozialer Transferleistungen, von Familien, die „in dritter Generation von Hartz IV" lebten und von „bildungsfernen Schichten". Tatsächlich decken sich solche Beobachtungen auch mit den Forschungsergebnissen beispielsweise Pierre Bourdieus, die schon vor Jahrzehnten die Beständigkeit der sozialen Grenzziehungen innerhalb einer Gesellschaft nachwiesen. Anstatt darin aber die Nachhaltigkeit und Tiefendimension sozialer Ungleichheit im Kapitalismus zu erkennen, wird Ungleichheit als Folge individueller oder kultureller Leistungsschwäche dargestellt. Dass es aber in dieser Debatte eben nicht nur um Klasse geht, zeigen die Reaktionen auf Thilo Sarrazins Buch: Darin behauptet er, dass deutsche und migrantische Arme gemeinsam „Deutschland abschaffen". In der öffentlichen Debatte um seine Thesen spielen die deutschen Armen allerdings kaum eine Rolle, diskutiert wird über MigrantInnen.

Ceren Türkmen: Die neuesten Berichte in den Massenmedien und Studien über Armut, soziale Unsicherheit und das sozialrassistisch dargestellte „Lumpenproletariat" zeigen auch deutsche Unterklassen als aktuelles soziales Thema in Deutschland. Außerdem ist dies bezeichnend für den Zustand der bürgerlichen Gesellschaft: Die in den 1980er Jahren erneut lancierte Behauptung, dass das Leistungsprinzip im metropolitanen Kapitalismus notwendig zu mehr Wohlstand und Chancengleichheit für alle sozialen Klassen führen würde, somit nicht mehr von Klassen, sondern von Individualisierung gesprochen werden sollte, ist doch mehr als hinfällig. Schon seit längerem sind diese sozialen Widersprüche auch der Politik ein Dorn im Auge. Ich erinnere mich an die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über Unterklassen von 2006 und Münteferings Bemühen, die Existenz von „Unterklassen" in Deutschland vehement abzustreiten. Das liberale Prinzip der Leistungsgerechtigkeit leidet seit der Krise an einer neuen Konjunktur: der Erklärungsnot, soziale Ungleichheit zu legitimieren. Es wird also auch über „deutsche Unterklassen" gesprochen; auch in Form der Prekarisierungsdiskussion. Sarrazins Versuch, den Klassenrassismus zu verallgemeinern, und den Ausbrüchen in der Medienwelt ist m.E. eigen, dass der dahinter versteckte bürgerliche Distinktionskampf gegen subalterne Gruppen nicht direkt im Zusammenhang zu seinen rassistischen Aussagen diskutiert wurde, was angesichts der Zusammensetzung der Klassen notwendig wäre.

Juliane Karakayali: Ja, aber die Diagnose, es etabliere sich hier ein „Leistungsrassismus" scheint insofern unzureichend, da nicht nur zwischen denen, die angeblich leisten, und denen, die dies angeblich nicht tun, unterschieden wird, sondern diese Unterscheidung an Vorstellungen von Herkunft gebunden bleibt. MigrantInnen sind eben grundsätzlich andere Arme, als es arme Deutsche sind. Dennoch, und das zeigen auch Phänomene wie das Elterngeld für Reiche, muss die Integrationsdebatte als eine Art

Klassenkampfansage von oben verstanden werden. Denn es geht darum, in einer Zeit der kontinuierlichen Transformation des Sozialstaates Umverteilungsprozesse von unten nach oben zu organisieren und zu legitimieren. Dies geht einher mit einer Delegitimation von Armut – und zwar insbesondere migrantischer Armut. Vor einigen Jahren noch war die Mehrheit der Deutschen damit zufrieden, dass unsichere Aufenthaltsregelungen, Arbeitsverbote, rassistische Einstellungspolitiken und die Entwertung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen mögliche migrantische Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verhinderte und die MigrantInnen stattdessen staatlich alimentiert wurden. Nun, in Zeiten steigender Staatsverschuldung, werden Alimentierungen zum Problem. Die Folgen der Krisen des Kapitalismus werden über die Kontrolle der Migration zu lösen versucht: MigrantInnen dürfen nicht mehr kommen oder sollen gehen.

Während eine Aufforderung an deutsche BezieherInnen sozialer Transferleistungen, das Land zu verlassen, undenkbar wäre, lässt sie sich gegenüber Menschen, die durch jahrzehntelange systematische Marginalisierung zu „den Anderen" gemacht wurden, durchaus erheben. Der Rekurs auf die „andere", nämlich „muslimische" Religionszugehörigkeit legitimiert diese Marginalisierung, denn erstens gilt der Islam seit langem schon als Antagonist des Christentums, zweitens wird der Islam mit Erscheinungen wie Terrorismus und Rückständigkeit in Verbindung gebracht, ist also an sich „schlecht", und drittens haben „muslimische" MigrantInnen statistisch die größten sozialen Probleme – nicht aufgrund ihrer Religion, sondern weil sie die Nachkommen der ehemaligen türkischen Gastarbeiter sowie libanesische und palästinensische Flüchtlinge sind, beides Gruppen, die seit Jahrzehnten in besonderer Weise marginalisiert werden.

Die ganze Debatte um Integration und Armut von MigrantInnen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Herkunft und soziale Lage eben nicht eine einfache Entsprechung finden, sondern lange schon unter den sozialen Aufsteigern eine große Zahl von MigrantInnen zu finden ist. Balibar stellt bei seinen historischen Untersuchungen am Beispiel der spanischen Reconquista fest, dass die Durchsetzung des nationalistischen Rassismus im Unterschied zum Klassen-Rassismus als Kampfansage an die zuvor bestehende multikulturelle/multistaatliche Gesellschaft zu lesen ist. Insofern könnte man mutmaßen, dass die derzeitige rassistische Mobilisierung darum so gewaltig ausfällt, weil die Realität der Einwanderungsgesellschaft den meisten längst selbstverständlich ist.

Manuela Bojadzijev: Ich denke außerdem, dass es damit zu tun hat, dass emanzipatorische Sprache heute von links nach rechts und zurückwandert und Verwendung in der Regierung von Bevölkerungen, in den Strategien des neoliberalen „roll-out" und in Governancestrukturen findet und zugleich in unvorhergesehenen Verbindungen und Zusammensetzungen mündet. Aus einer emanzipativen Perspektive gesehen darf nicht vergessen werden: Die aktuelle Unsicherheit in der Bestimmung von Rassismus,

Feminismus, queertheoretischen Positionen u.a.m. hat historisch mit jenen Bewegungen zu tun, die sich gegen ihre Ausschließung gewendet haben und für ihre Rechte beziehungsweise Repräsentation eingestanden sind. An zahlreichen Beispielen lässt sich zugleich zeigen, dass die Sprache der Rechte, die in den Bewegungen der Schwarzen, der Frauen, der Migranten sowie der Queer-Bewegung entwickelt wurde, inzwischen in einem chauvinistischen, rechten Diskurs übernommen wurde und etwa zur Abschottung verwendet wird. Diese Sprache hat sich inzwischen in militärisch-imperialen und Anti-Migrations-Projekten voll entfaltet. So handelte die legitimatorische Rede für den Beginn des Irak-Kriegs davon, fehlende Demokratie in die Gegenwart bomben zu müssen, für die Afghanistaneinsätze unter anderem davon, Frauenrechte zu etablieren. Anti-rassistische Diskurse finden inzwischen Eingang in Politiken der Migrationskontrolle (etwa in Kampagnen der International Organisation for Migration). Argumente gegen Einwanderung nach Europa werden mit der Behauptung geschmückt, hier toleriere man „kulturelle Differenz". Auch die Schriften gewisser Feministinnen wie Necla Kelek oder Alice Schwarzer sind Beispiele dafür, was hier im Gange ist.

Serhat Karakayali: Ja, das hat damit zu tun, dass es sich nicht nur um eine Kontamination der Sprache handelt, sondern darum, dass Teile der Forderungen von Bewegungen immer schon auf eine Einschreibung im Staat abgezielt haben. Politische Kämpfe, die nicht in den hegemonialen Diskurs einfließen oder in irgendeiner Form von ihm integriert werden, kann es m.E. nicht geben. Den gegenwärtigen anti-muslimischen Rassismus könnte man auch so analysieren. Wenn zum Beispiel Islam und Mittelalter ständig miteinander in Verbindung gebracht werden werden, so hat das offenbar den Sinn, ein bestimmtes Set an differenzpolitischen Kritiken, welche die Zweite Moderne hervorgebracht hat, etwa die feministische Kritik am Patriarchat, die Kritik an einer heteronormativen Sexualität oder die Ächtung des Antisemitismus, an einen anti-islamischen Diskurs zu binden.

Ohne dass behauptet werden muss, diese Kritiken seien fester Bestandteil des westlichen Selbstverständnisses, gelingt es so, das imaginäre Kollektiv der Muslime abzuwerten. Denn das Mittelalter steht nicht nur für das „finstere Andere" des modernen, rationalen Abendlandes. Es beinhaltet auch eine reflexive Historizität und geht damit implizit auf die Kritiker der Islamkritiker ein, welche argumentieren, dass auch der Westen nicht immer modern gewesen sei. Das Argument, dass Frauenwahlrecht, Demokratie und Folterverbot auch in Europa und dem Nordwesten erst errungen werden mussten, greift daher nicht. Die kulturelle Leistung des Westens bestehe darin, ebendiese Vergangenheit abgeschüttelt zu haben. Das Argument gegen die Angehörigen des vermeintlich „islamischen Kulturkreises" ist daher auf semantischer Ebene nicht essentialistisch. Diese reflexive Version eines Diskurses über die europäische Überlegenheit bezieht sich offenbar nicht in erster Linie auf die Summe technologischer

oder ökonomischer Leistungen, sondern auf die Funktion der „Kritik" innerhalb des abendländischen Denkens.

Eine Variante dieses progressiven Eurozentrismus kommt in der Diskussion über die vermeintlich besondere Anfälligkeit für Antisemitismus unter muslimischen Migranten zum Ausdruck. Auch hier wirkt ein reflexives Moment. Das Argument von Autoren wie René Wildangel, das Stereotyp vom muslimischen Antisemitismus sei durch den historischen Export des europäischen Antisemitismus in den Nahen Osten respektive die arabische Welt zu erklären, ist für den reflexiven Eurozentrismus eine Steilvorlage. Die Muslime sind demnach nicht einfach anders, sie sind das Alter Ego, die dunkle Seite des Selbst. Während im klassisch orientalistischen Diskurs die Anderen durch eine unüberbrückbare kulturelle Grenze vom Westen getrennt waren, ist im Rahmen eines liberal-emanzipativ kodierten Orientalismus das Andere verzeitlicht und tritt als gesellschaftliche Wiederkehr des Verdrängten auf.

Birgit zur Nieden: Feministische Bewegungen haben immer wieder um die Veränderbarkeit sozialer Verhältnisse gekämpft. In den geschilderten Debatten und Politiken werden hingegen – mit Bezug auf emanzipatorische Errungenschaften – alle an ihre Plätze verwiesen, wo sie möglichst bleiben sollen. Es zeigen sich undemokratische und paternalistische Tendenzen: Die Eliten sollen durch finanzielle Anreize dazu gebracht werden, sich – auch biologisch – zu vermehren, während der Unterschicht vorgeschrieben wird, wie sie ihr Geld und ihre Zeit verwenden sollen. In diese Richtung gehen auch die Vorschläge, mehr Geldleistungen in Sachleistungen umzuwandeln und jene um Bildungsgutscheine für Kinder aus Familien, die Hartz IV bekommen.

Manuela Bojadzijev: Ja, durchaus. Wenn ich diese Situation noch einmal auf die Frage nach der Analyse von Rassismus engführe, lässt sich sagen, dass die Inflation dieses Begriffs und damit der Verlust einer analytischen Schärfe mit dem Einfluss der Kritik am Rassismus zu tun haben. Die kritische Rassismustheorie sprach von Rassismus, wenn andere von Fremden- oder Ausländerfeindlichkeit sprachen und weiterhin Ethnizität oder Rasse wenn nicht als gegebene empirische, so doch als analytische Kategorien verwendeten. Dieser Ansatz zielte auf ein Verständnis von Ethnizität und Rasse als soziale Konstruktion, auf ein Verständnis dafür also, warum eigentlich ein Glaube an die Existenz von Ethnizität und Rasse fortbesteht und warum Menschen ihr Leben und ihre Beziehungen danach organisieren. Das bedeutet aber auch, dass Ethnizität und Rasse weiterhin als Signifikanten fungieren, wenn auch in invertierter Form, und dass dies zu gewissen Ermessensspielräumen und Streitereien in der Interpretation von Rassismen führt bzw. zur Frage, welcher Rassismus als der dominante gilt.

Während es zu Zeiten eines biologisch argumentierenden Rassismus noch so schien, als könnten damit verschiedene Rassismen – etwa der

Antisemitismus und der koloniale Rassismus – theoretisch vereint werden, als unterlägen sie einem hierarchischen und räumlich organisierten Muster von unterschiedlichen Kulturen, einer linear bestimmten Vorstellung von Fortschritt, einer Bevorzugung von Reinheit gegenüber Hybridität, ist das mit dem differentiellen oder Neo-Rassismus, der kulturalistisch argumentiert, komplizierter geworden. Die „alten" Formen des Rassismus haben sich noch gar nicht ganz verabschiedet und es kommt gleichzeitig zu neuen Formationen. Gerade weil die praktischen Formen des Widerstands gegen Rassismus an Stärke gewonnen haben und die Arbeit an unterschiedlichen Erinnerungen und Geschichten des Rassismus und Anti-Rassismus die Unterschiede zwischen verschiedenen Politiken und Erfahrungen des Rassismus haben hervortreten lassen, gerade in diesem historischen Moment gewinnen die Kontroversen darüber an Schärfe, ob eine Form des Rassismus die anderen der Vergangenheit abgewechselt hat oder in der Zukunft abwechseln wird.

Serhat Karakayali: Die Frage ist, wieso sich der Rassismus gerade entlang einer Gruppe mit ganz bestimmten Eigenschaften reorganisiert. Den Rassismus ausschließlich als ideologische Verarbeitungsform von gesellschaftlichen Widersprüchen zu fassen oder als einen Modus der Gruppenkonstitution, scheint mir unzureichend. Wenn man den Rassismus als kontingent in der Wahl seiner Objekte begreift, vergibt man sich die Chance, darin einen Modus biopolitischer Gesellschaftspolitik zu sehen. Wenn heute der Islam als Religion fokussiert wird, dann geht es nicht nur um eine abstrakte Feindbestimmung, sondern auch um die soziale Funktion von Religionen. Der inszenierte oder phantasmagorische Konflikt zwischen säkularen und religiösen Regeln und Normen beziehungsweise dem Postulat der Trennung zwischen diesen beiden Sphären handelt von der Lebensführung in der Moderne, das heisst davon, wie man sein Leben unter Bedingungen sozialer Differenzierung und Unsicherheit organisiert.

Die Bestrebungen einzelner europäischer Regierungen, einen deutschen beziehungsweise französischen Islam aus der Taufe heben wollen, verweisen daher auf einen anderen Aspekt der Analogie zum Klassenrassismus der Vormoderne. Die Frage, die darin impliziert ist, nämlich in welcher Weise die Religionsausübung und die damit verbundene Form der „Regierung" von Menschen im Verhältnis steht zu den Formen demokratischer Regierung, kann man nur beantworten mit Bezug auf die Spannung, die in die Subjektivität der Arbeitskraft eingeschrieben ist. Ich meine damit, die Arbeitskraft oszilliert zwischen dem Anspruch, soziale und räumlich fixiert zu werden, und dem Diktat der Flexibilität und Adaptabilität. Die neue „Gouvernementalität des Islams" setzt hier an: Die assoziativen Dimensionen der Religion müssen angepasst werden, damit „der Arbeiter im Muslim" aktiviert wird.

Birgit zur Nieden: In den Debatten gegen muslimische MigrantInnen geht es vor allem darum, kontrafaktisch die angebliche Emanzipiertheit

des „christlichen Westens" – gemessen an Frauenrechten und der Akzeptanz Homosexueller – herauszustreichen. Dabei bleiben beispielsweise patriarchale Strukturen und die Verbreitung sexuellen Missbrauchs (nicht nur) in der katholischen Kirche unthematisert. Hier sollen keine Religionen verglichen werden, vielmehr wird einem pauschalisierten Islam eine Konstruktion westlicher Kultur entgegengesetzt. Diese – so zeigt die aktuelle Debatte in der Bundesrepublik Deutschland – hält den Feminismus für weitgehend überflüssig oder überholt. Angela Merkel und zahlreiche Frauen ihres Kabinetts würden beweisen, dass Frauen heute alle Chancen hätten. Ins Licht gerückt werden Jungs und Männer als die wahren Verlierer der Gesellschaft. Hat kritische und dekonstruktivistische Männer- und Jungenarbeit immer wieder das Anliegen formuliert, Jungen andere Wege als eine patriarchale Männlichkeit aufzuzeigen, so sind heute in der Öffentlichkeit vor allem Stimmen zu hören, die auf den „nun mal vorhandenen Unterschied" zwischen Männern und Fraue erneut zurückgreifen und eine spezielle Förderung und mehr männliche Erzieher für Jungs fordern, damit sie nicht in ihren „männlichen Eigenschaften" unterdrückt würden.

Das Zukunftsszenario heißt, dass in dreißig Jahren alle gehobenen Berufe mehrheitlich in Frauenhand sein werden. Dass diese Aussicht als Problem gehandelt wird, passt zu gegenwärtigen Diskursen, aber auch zu Politiken, in denen Frauen vor allem in ihrer Gebärfunktion gefördert oder gehemmt werden sollen. Gehemmt werden sollen jene Frauen, die einen Migrationshintergrund aufweisen, so zumindest der Vorschlag von Thilo Sarrazin. Sein anderer Vorschlag, man solle Akademikerinnen, die mit unter 30 Mütter werden, eine Prämie von 50'000 Euro zahlen, wurde zwar als abstrus abgetan, jedoch nicht dafür kritisiert, dass er Frauen zu Gebärmaschinen erklärt und einmal mehr zum Instrument nationalstaatlicher Bevölkerungspolitik macht. Dass das Elterngeld vor allem Besserverdienende in ihrer Elternschaft fördert, während es für Arbeitslosengeld II Empfangende kürzlich ganz gestrichen wurde, lässt Sarrazins Vorschlag als doch nicht ganz so weit von herrschender Politik entfernt erscheinen.

Manuela Bojadzijev: Ja, deshalb würde ich noch mal auf Serhats Entgegnung zu sprechen kommen und ergänzen: Nicht allein die ideologische Gruppenkonstitution und biopolitische Erwägungen spielen eine Rolle. Für eine aktuelle relationale Theorie des Rassismus ist es wichtig, die Konjunkturen des Rassismus im Verhältnis zu sozialen Kämpfen zu bestimmen, ein Verständnis von Rassismus also, das sich die Kämpfe gegen Rassismus zur Grundlage macht und nicht die durch den Rassismus produzierten Subjekte. Dafür ist es heute neben der Konstellation, die unter dem Banner „Clash of Cultures" firmiert, unter anderem notwendig, die Funktionsweisen eines zentralen Aspekts, dem der Ausgrenzung, etwas von Status, Rechten, gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen und Aktivitäten zu verstehen. Und das in zweierlei Hinsicht: erstens Ausgrenzungen und ihre Bearbeitung durch die Nationalstaaten

und ihre Apparate und zweitens auch die Ausgrenzung von sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Ressourcen und Netzwerken. Dabei müssen wir berücksichtigen, dass die für Dekaden der privilegierten Form der Grenze der Gemeinschaft in Form des Nationalstaats sich heute verändert.

Ceren Türkmen: Also funktioniert die Integrationsaufforderung auf den ersten Blick, wenn wir vergessen, über Kämpfe und Kräfteverhältnisse nachzudenken und es versäumen, sie zum Ausgangspunkt der Analyse zu machen. Nach innen des-integriert das Integrationsparadigma, gibt aber zugleich vor, Kohäsion stiften zu wollen. Das berührt Widersprüche im Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus. Ich glaube, dass sich hier dann auch die Grenze eines bestimmten Rassismus-Diskurses zeigt, wenn nicht weitere Kategorien der Unterdrückung und Ausbeutung herangezogen werden, die Formen des Rassismus und Formen sozialer Antagonismen zeigen.

Manuela Bojadzijev: Um Prozesse der Ausgrenzung einzuleiten, müssen die Bedingungen hergestellt werden, die es möglich machen, eine Gruppe auszuwählen und ihr Eigenschaften zuzuschreiben, die sie dazu prädestiniert, dass sie ausgegrenzt werden. Nur dann ist es überhaupt möglich, sie von der Gemeinschaft zu trennen oder sie zu stigmatisieren. Bis hin zum sozialen oder sogar physischen Tod. Eine von vielen solchen Ausgrenzungsprozessen, in den sich soziale Kollektive in einem antagonistischen Verhältnis gebildet haben, ist die Logik des „Kampf der Kulturen", die für sehr viele auf allen Seiten eine enorme Evidenz entfalten konnte.

Über diese ideologische Konstellation hinaus sind solchen Bedingungen heute weltweit vor allem MigrantInnen und Flüchtlinge ausgesetzt, aber auch die Armen des Südens und des Nordens. Die interne Ausschließung funktioniert umso mehr unter Bedingungen der Globalisierung, die kein Außen mehr kennt – auch wenn es durchaus Zonen der Vergessenheit gibt wie Abschiebezentren und Auffanglager, in denen bestimmte Gruppen von MigrantInnen temporär gehalten werden. Unter diesen Bedingungen gilt mehr denn je, dass Ausgrenzung keine Abweisung nach Außen meint, sondern einen internen Ausschluss nach Innen. Und hier erkenne ich die zentrale und fatale Funktion des Diskurses der Integration: Er besiegelt und reproduziert diesen internen Ausschluss.